



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/53

Hannover, 3. März 1951.

Hinweise  
auf den Inhalt:

Immer noch Kampf um die Bereitschaftspolizei	S.1
Norwegens Rüstungsprogramm	S.3
Südamerikanisches	S.4

## Abstrakte Föderalisten

(sp) Die bayerischen Föderalisten - CSU und BP - haben mit ihrer starren Haltung gegenüber den Bestrebungen, durch eine Änderung der Verfassung dem Bund ein begrenztes Weisungsrecht über die Bereitschaftspolizei zu geben, eine peinliche Lage heraufbeschworen. Die von der SPD und FDP geforderte erste Revision des Grundgesetzes, von Innenminister Lehr und einem grossen Teil der CDU jetzt unterstützt, will nichts anderes als verhindern, dass zur Sicherung der notwendigen zentralen Befugnisse des Bundes Umwege beschritten werden, wie sie mit dem Verwaltungsabkommen bereits gewählt worden sind. Die Föderalisten von CSU und Bayernpartei halten von diesem geraden Weg zur Sicherung notwendiger Kompetenzen nichts. Der Föderalismus werde "durchlöchert", der Grundinhalt der Verfassung werde gefährdet; so und ähnlich lauten die Argumente. Das wäre nicht so wesentlich, denn wir erleben nun schon geraume Zeit, wie versucht wird, einen abstrakten Föderalismus im Geiste von Constantin Frantz in unserer Zeit durchzusetzen; ganz so, als sei die formale Souveränität der Länder die beste und einzige Garantie der inneren Sicherheit unserer Republik.

Aber es geht um mehr als die Tatsache, dass versucht wird, ein in der Wirklichkeit längst durchlöchertes Prinzip von Professoren

zu verteidigen. Bayern ist mit seinem Nein gegenüber der klaren Verfassungsänderung nicht allein, Rheinland-Pfalz und Baden wachen mit dazu beizutragen, dass die notwendige Zweidrittel-Mehrheit im Bundesrat nicht zustandekommt. Abgeordnete der CSU scheuen keine Mühe, dasselbe Ziel auch im Bundestag zu erreichen. In gewohntem Vertrauen zu des Kanzlers Autorität haben sie Adenauer ihren Beschluss interpretiert. Offensichtlich u.a. in der gewohnten Hoffnung, der Kanzler würde es dann schon gegenüber seiner Fraktion wieder durchsetzen. Nun, das ist Sache der CDU-Fraktion, die immerhin mit Freude registrieren wird, dass die Frage der Bereitschaftspolizei die Freunde von der CSU dem Kanzler "näher" gebracht hat als alles Werben vor dem Goslar Parteitag. Ob die Zweidrittel-Mehrheit trotz aller Widerstände nicht doch noch gesichert werden kann, müssen die nächsten Ausschusssitzungen zeigen.

Weit bedeutsamer als die Klärung der Kompetenzen in der speziellen Polizeifrage scheint in diesem Zusammenhang die grundsätzliche Haltung Bayerns. Lösungen, wie ein Verwaltungsabkommen zwischen den Ländern und dem Bund, die ja nichts anderes sind als Umgehungen unzulänglicher Regelungen des Grundgesetzes, werden akzeptiert. Solche Massnahmen, die eine Garantie sein sollen, dass in der Bundesrepublik die Verfassung respektiert wird und nicht umgangen werden kann, lehnt man ab. Es wird damit nicht der im Grundgesetz gemeinte und schon gar nicht der mit den Erfordernissen unserer Zeit zu rechtfertigende Föderalismus verteidigt, sondern historische Vorstellungen, über die sich allenfalls in Seminaren noch trefflich streiten lässt. Was muss in- und ausserhalb der Republik wohl noch alles geschehen, bis CSU und Bayernpartei erkennen, welchen Schaden sie ihrem Land zufügen, wenn sie sich an Vorstellungen und Illusionen klammern, über die unsere (das ist die deutsche) Entwicklung längst hinweggegangen ist?

+ + +

Der nordatlantische Schutzwall  
-----

K.V. Oslo, Anfang März 1951.

Als General Eisenhower nach seiner Informationsreise durch die Länder des Atlantikpakt es seinen Bericht im Repräsentantenhaus erstattete, gab er ein zuversichtliches Bild über die Anstrengungen Norwegens, die Verteidigung quantitativ und qualitativ zu verbessern. Norwegens Wehrminister, Jens Hauge, gab neulich im Storting eine sachliche Darstellung der kommenden Aufgaben des Landes auf militärischem Gebiet. Die von ihm vorgelegten Pläne, die bis Ende 1952 verwirklicht werden sollen, gründen sich einerseits auf die seit 1945 vorgenommenen militärischen Vorarbeiten, andererseits auf die Materialhilfe, die dem Lande auf Grund seiner Mitgliedschaft im Atlantikpakt zugeflossen ist und zufließen wird.

Die Mobilisierungsorganisation wird Ende 1952 so ausgebaut sein, dass sie notfalls inklusive der Heimwehren bei 3.3 Millionen Einwohnern 270.000 Mann auf Kriegsfuss stellen kann. Norwegens Heer wird auf eine Stärke von vier Felddivisionen gebracht. Die stehende Bereitschaftsstärke wird etwa 48.000 Mann betragen. Es wird erwogen, den Beginn der Militärdienstpflicht von 21 auf 20 Jahre herabzusetzen. Sie wird 12 Monate, statt bisher 9 Monate, und 15 Monate bei der Kriegsmarine betragen. Dazu treten die militärischen Repetitionsübungen, die jeweils 90 bzw. 60 Tage in Anspruch nehmen. Bis Ende 1952 werden 45.000 Mann neu ausgebildet sein. Die Luftwaffe wird auf 11 Formationen gebracht, die sämtlich mit modernsten Maschinen ausgerüstet sein werden. Die Ausbildung der Piloten geht teilweise in Canada und den USA vor sich. Die Anzahl der Luftabwehrbatterien wird in den kommenden zwei Jahren im Vergleich zum heutigen Stand verdoppelt, Kriegsmarine und Küstenverteidigung werden ebenfalls eine grosse Verstärkung erfahren.

Die Ausgaben für die Verwirklichung dieses Zwei-Jahresprogramms sollen jährlich 650 - 700 Millionen Kronen betragen, wovon 200 Millionen per Jahr noch der Deckung bedürfen. Das alles ist nur mit Hilfe der grossen Atlantikmächte, vor allem der USA durch die Beistellung modernsten militärischen Materials zu bewältigen.

Von den Gesamtkosten dieses zweijährigen Militärprogramms sollen 130 Millionen Kronen für die Instandhaltung und den Ausbau militäri-

scher Anlagen verwandt werden. Der norwegische Wehrminister unterstrich in diesem Zusammenhang die vor zwei Jahren abgegebenen Erklärung der Regierung, dass ausländische Militäreinheiten nicht auf norwegischen Boden stationiert würden, es sei denn im Falle eines europäischen Krieges, oder einer unmittelbaren Bedrohung des Landes. Die Regierung und das norwegische Parlament behalten sich eine solche Entscheidung vor und dieser Einstellung ist sowohl von den USA als von England beigepflichtet worden. Auf der anderen Seite, so meinte der Wehrminister, habe die militärische Leitung dafür Sorge zu tragen, dass eine Hilfe von aussen im Notfall unmittelbar einsetzen könne. In diesem Zusammenhang werden die eventuell in Frage kommenden Basengebiete in Norwegen so ausgebaut, dass eine Hilfe von aussen in raschester Weise erfolgen kann. Das gilt sowohl für die Basengebiete an der Küste des Landes, als auch für die Verstärkung der Luftstreitkräfte. Jeder Teil des Landes wird über einen Flugplatz verfügen, der in der Lage ist, sofort Flugzeughilfe von aussen aufnehmen zu können.

+ + +

#### Südamerikanische Komplikationen

-----

P.H. Seit mehr als zwei Jahren sitzt der peruanische Apristenführer Paul Haya de la Torre in der kolumbianischen Gesandtschaft in Lima, der Hauptstadt Perus als "Asylist" fest. Nachdem seine sozialistische Indianerbewegung mit dem Putsch der Hafendarbeiter und Matrosen der Kriegsmarine in Peru in Verbindung gebracht worden war - das gab den Anlass zur jetzigen Diktatur - wurde er von der peruanischen Polizei verfolgt und flüchtete in die kolumbianische Gesandtschaft. Zwei Jahre macht er nun schon Gebrauch vom Asylrecht. Kolumbien hat wiederholt um freies Geleit für ihn nachgesucht, damit er sich, wie es in Südamerika Sitte ist, ins Ausland begeben könne. Der peruanische Diktator verweigerte es und verlangte im Gegenteil die Auslieferung Haya de la Torres, was wiederum Kolumbien auf Grund der Vereinbarungen zwischen den südamerikanischen Staaten ablehnte.

Der internationale Gerichtshof im Haag, den die beiden Regierungen anriefen, hatte im November des Vorjahres eine Entscheidung gefällt, die mit Wenn und Aber nur so gespickt war, aber keine Lösung brachte. Peru noch Kolumbien haben sich daher erneut an den internationalen Gerichtshof gewandt. Sie verlangen eine klare Antwort darüber, was mit Haya de la Torre geschehen soll. Der Präsident des Ge-

richtshofes hat daraufhin eine neue Prozedur festgelegt. Und zwar soll Kolumbien seinen Standpunkt bis zum 7. Februar unseres Jahres präsentieren (was geschehen ist), Peru soll bis zum 15. März seine Forderungen einreichen. Die peruanischen Forderungen sollen dann den Kolumbiern zur "Erwiderung" zugeleitet werden, und die kolumbianische Erwiderung den Peruanern zur "Endreplik". Das heisst, dass der Gerichtshof - wenn überhaupt - ungefähr im Juli seine Entscheidung fällen wird.

+ + +

### 30 Jahre im Kampf um die Freiheit

---

H. Ein in der Geschichte der politischen Emigration einzigartiges Jubiläum konnte in den Februartagen die Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei begehen: das 30-jährige Bestehen ihres Organs "Sozialistitscheski Wjestnik" (Sozialistischer Bote). Nachdem die nach der bolschewistischen Revolution ins Exil gegangenen russischen Sozialdemokraten sich im Auslande wieder einigermaßen gefunden hatten, schufen sie im Februar 1921 in Berlin ihre Zeitung, um den Kampf um die Freiheit des russischen Volkes auch mit Hilfe des gedruckten Wortes führen zu können. Infolge der politischen Umwälzungen in Europa war das russische Freiheitsblatt wiederholt zur erneuten Emigration in verschiedene Länder gezwungen, bis es Europa ganz verlassen musste und nun seit einigen Jahren wieder regelmässig als Monatsblatt in New York erscheint.

Mit bewunderswerter Ausdauer und Konsequenz haben die russischen Sozialdemokraten in ihrem Blatt den Kampf um die Befreiung Russlands vom bolschewistischen Joch geführt. Sie können mit Recht für sich in Anspruch nehmen, Avantgarde des Kampfes gegen Diktatur und Unterdrückung zu sein.

+ + +

### 21-jähriger Ministerialrat, 26-jähriger Minister

---

(sp) Um die Jugend für das Sowjetregime zu gewinnen, wurde in Pötsdam ein 21-jähriges Mädchen zur Stadträtin für Volksbildung ernannt. Der Hauptreferent für Jugendpflege beim Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg war ein 24-jähriger FDJ-Funktionär. Da er sich als unfähig erwies, wurde er Oberreferent für Kirchenrechtsfragen in der brandenburgischen Landesregierung. An seine Stelle als Referent für Jugendangelegenheiten trat ein 21-jähriger FDJ-Funktionär aus Wittenberg mit dem Range eines Ministerialrates. Bei der letzten Regierungsbildung im November 1950 war der 26-jährige FDJ-Landesvorsitzende Horst Brasch Minister für Volksbildung geworden.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt